

(foto: flickr by aedoo)



Spielsucht: Der Weg in den Abgrund.

## TRAURIGE BILANZ

# Spielsüchtige stehen allein da

Bereits 60.000 bis 80.000 Steirerinnen und Steirer sind direkt oder indirekt von Spielsucht betroffen. Statt Hilfe für Spielsüchtige gibt es immer mehr Wettlokale im Land.

Suchtbericht 2007 des Landes Steiermark Schulden. Hinzu kommen familiäre, soziale und psychische Probleme. Mehr als die Hälfte der pathologischen Spieler/innen ist selbstmordgefährdet.

Hilfesuchende warten oft monatelang auf einen Therapieplatz. Mangels Angebot weichen viele Betroffene auf Wiener Therapieeinrichtungen aus.

Trotz all dieser Grauslichkeiten setzen ÖVP und SPÖ im Landtag weiter auf Verzögerung, wenn es um die Umsetzung der seit Jahren vorliegenden Vorschläge zur Verbesserung der Situation geht. „Mit dem Suchtbericht sind die verheerenden Folgen der Spielautomaten-Flut fachlich nachgewiesen und werden von niemandem mehr geleugnet. Dennoch lassen SPÖ und ÖVP mit fadenscheinigen Arguemnten wertvolle Zeit verstreichen“, zeigt KPÖ-Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger die Versäumnisse der steirischen Politik auf.

Mit immer subtileren Methoden bewirbt die Glücksspielbranche das schmutzige Geschäft mit dem Geld, um das Automatenspiel gesellschaftsfähig zu machen. Das Spielen sei ein „königliches Vergnügen“, das schließlich in Großbritannien seit jeher angesehen sei und von fast jedem ausgeübt werde, schreibt eine steirische Regionalzeitung Anfang Oktober in einem PR-Artikel für die Glücksspielindustrie.

Doch die Spur der Verwüstung, die der Trend zum Automatenspiel nach sich zieht, ist verheerend: Bereits 60.000 bis 80.000 Menschen sind bei uns direkt oder indirekt von der Spielsucht betroffen. 97 % aller Spielsüchtigen haben laut

## MEINUNG

Ernest Kaltenegger,  
KPÖ-Klubobmann im Landtag

## Kleine Spieler, große Spieler

Wir leben in einer Zockergesellschaft. Für den schnellen Gewinn wird alles riskiert. Nun plötzlich scheint beim Spiel ums große Geld nichts mehr zu gehen. Börsenkurse stürzen, Banken krachen. Milliarden von Euro und Dollar lösen sich scheinbar in Luft auf. Eine gewaltige Wirtschaftskrise zeichnet sich ab. Die Zeche werden wieder einmal die arbeitenden Menschen zahlen müssen.

Die Hauptverursacher der Krise fallen weich. So zum Beispiel knallten bei den Managern des US-Versicherungskonzerns AIG schon wieder die Champagnerkorken, nachdem Mitte September die amerikanische Regierung den bankrotten Konzern mit einem 85-Milliarden-Darlehen gerettet hatte. Für 440.000 Dollar mietete man sich ein Luxusferiendomizil mit Wellness-Behandlung, Golf-Trips und Galamenüs. Als der Staat dann zwei Wochen später nochmals 37,8 Milliarden nachschießen musste, gönnte man sich gemeinsam mit betuchten Kunden

einen exklusiven Jagdausflug nach England für 86.000 Dollar. Sicher ließen sich auch in Europa ähnliche Beispiele finden.

Während Vermögende im großen Stil an den Börsen zocken, versuchen nicht wenige Leute mit kleinerem Einkommen ihr Glück bei Geldspielautomaten oder mit Sportwetten. Doch ganz anders als bei den großen Vorbildern an den Börsen, greift der Staat hier nicht rettend ein, wenn Spieler ihre gesamten Ersparnisse und noch viel mehr verzockt haben. Die Geschäftemacher mit dem Glücksspiel dürfen sich dagegen die Hände reiben.

Die verantwortlichen Politiker sind nicht einmal bereit, dieser Geschäftemacherei einen Riegel vorzuschieben. Mit dem Schutz durch die Politik dürfen halt nur die ganz großen Spieler an den Börsen rechnen. Und offensichtlich auch die Bosse der Glücksspielindustrie.

Ernest Kaltenegger,  
0316 / 877 5104  
stadtblatt@kpoe-graz.at

## FALSCHE POLITIK

## Zu wenig Wohnbau

Bis 2012 werden in der Steiermark 32.000 Wohnungen fehlen, so Landesrat Seitinger (ÖVP). Für KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger ist das ein Zeichen für die verfehlte Wohnbaupolitik der letzten Jahre. Die KPÖ hat stets kritisiert, dass Wohnungsgelder für das Stopfen von Budgetlöchern verwendet werden. Drei

Milliarden Euro fehlen bereits für den Wohnbau. Während in den Neunzigerjahren noch rund 2.740 neue Wohnungen pro Jahr gebaut wurden, waren es 2006 nur noch 1.865. „Wir brauchen mehr Mittel für den sozialen Wohnbau, sonst wird es zu dramatischen Entwicklungen kommen“, warnt Ernest Kaltenegger.